



Niederschrift

5. Plenarsitzung des Gemeinderates
10. Dezember 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

33.

Punkt 32 der Tagesordnung: „Faires Parken“: Parkflächen optimieren

Antrag: AfD

Vorlage: 2019/1157

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 32 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Fenrich (AfD): Wie hinreichend bekannt ist, ist die AfD-Fraktion die Fraktion in diesem Hause, die für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer steht. Das heißt für uns, dass auch der ruhende Autoverkehr eine entsprechende Berücksichtigung finden muss. Wie aus unzähligen Leserbriefen an die BNN aber auch an unsere Fraktion zu entnehmen ist, ist das Thema Parken aufgrund neuer Vorgaben zu einem unrühmlichen Dauerbrenner geworden. Pragmatische Lösungen sind also gefragt. In unserem Antrag haben wir hierzu Vorschläge gemacht. Es geht darum, die neuen gezackten Linien vor und hinter Kreuzungen, Einmündungen und Einfahrten auf deren Länge zu überprüfen sowie die Möglichkeit des Gehwegparkens, im Sinne der vorherigen Regelung zu optimieren. Teilweise inakzeptable Zustände gilt es nun im Interesse der Bürger zu verbessern. Selbstverständlich geht es nicht an, dass in ganzen Straßenzügen die Hälfte des Parkraums dadurch entfällt, dass man das ursprünglich beidseitige Gehwegparken ersetzt durch ein einseitiges Parken auf der Straße. Vielfach, so haben zumindest wir das in reinen Wohngebieten beobachtet, findet dort nur geringer Fußgängerverkehr statt. Die Gehwegbreiten sind daher ausreichend, aber dennoch ist dort nur einseitiges Parken auf der Fahrbahn gestattet. Weiterhin haben wir festgestellt, dass durch die neu geschaffene Situation einander begegnende Fahrzeuge nicht

ohne Einscherung in Lücken oder gar ein Rangieren aneinander vorbei kommen. Das aber führt zu einem vermehrten Ausstoß von Abgasen und ist daher nicht im Sinne eines praktizierten Umweltschutzes. Unberücksichtigt bleibt auch die Tatsache, dass viele junge Familien und ältere Mitbürger aus verschiedensten Gründen auf ihr Auto angewiesen sind. Wollen wir diesen Menschen durch ein überzogenes Verwaltungshandeln wirklich vorschreiben, dass sie ihr Auto irgendwo anders parken müssen, mit der Begründung, die Parkfläche ist zwar noch vorhanden, darf aber als solche nicht genutzt werden? Wenn wir wollen, was ich von allen demokratisch hier gewählten Stadträten hoffe, dass gegenseitiger Respekt und ein ernstnehmender Volksvertreter uns erhalten bleiben, dann lassen Sie uns Politik für alle Bürger in Karlsruhe machen. Stimmen Sie unserem Antrag aus Gründen der Vernunft zu.

Stadtrat Löffler (DIE LINKE.): Ja, ich glaube, Sie haben da ein bisschen verdrehte Selbst- und Fremdwahrnehmung an der Stelle, denn Sie sind mitnichten eine Partei, die sich für die Gleichberechtigung der Verkehrsträger einsetzt, aber die sich ganz stark für die autogerechte Stadt der fünfziger, sechziger und Siebzigerjahre einsetzt. Und genau dieser Antrag zielt auch darauf ab, dass wieder der Platz den Schwächsten genommen wird, dass wieder die Fußgängerinnen und Fußgänger auf den Gehwegen keinen Platz haben, weil Mindestmaße eben Mindestmaße sind und nicht das sind, was am Ende zur Verfügung stehen muss, weil es immer besser ist, wenn mehr übrig bleibt. Zudem wollen Sie noch mutwillig die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer gefährden, weil Sie in Kreuzungsbereichen Autos aufstellen wollen. Da können Sie mit jeglichen Polizistinnen und Polizisten und Verkehrsplanern sprechen, dass das eine sicherheitsgefährdende Maßnahme und in keiner Weise vernünftig ist. Daher empfehlen wir eine eindeutige Ablehnung des Antrags.

Stadtrat Müller (CDU): Lieber Kollege Löffler, auch wenn Sie schon meinen Berufsstand angesprochen haben, aber in der Form spreche ich heute nicht. In Bezug auf den Antrag wäre zu sagen, dass die Stellungnahme der Verwaltung aus meiner Sicht durchaus erschöpfend ist. Mit ist auch die Zielrichtung dieses Antrags, außer dass er ein bisschen populistisch daher kommt, nicht weiter klar. Ich weiß nicht so richtig, wo die Reise hingehen soll. Sollen Kreuzungen zugeparkt werden oder gar Einfahrten? Da komme ich jetzt allerdings auf meinen Berufsstand zurück, weil mit diesem machen Sie dann in dieser Instanz oder bei dieser Gelegenheit durchaus Bekanntschaft. Die Szenarien der alltäglichen Streitereien, die Sie da recht dramatisch auszuschmücken versuchen, erschließen sich mir nicht. Ich weiß nicht, wo Sie dies hernehmen. Ich kann Gleiches nicht feststellen in dieser Stadt. Zudem wäre zu dem Gehwegparken als solchem abschließend noch zu sagen, es fußt nun mal auf einer Gesetzesgrundlage, die auch aufgrund der Wünsche der AfD – und darüber hinaus sehe ich keine anderen in diese Richtung gehend – einfach so, mir nichts, dir nichts, aufgehoben werden kann. In Anbetracht der Zeit lasse ich es auch dabei.

Stadtrat Hock (FDP): Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich jetzt nicht ausführlich das eine Verkehrsmittel gegen das andere ausspielen. Eines ist klar, wie jetzt gerade eben erwähnt, es fußt auf einer Gesetzesgrundlage, die umgesetzt werden muss. Dass wir das nicht so ganz glücklich in vielen Bereichen gemacht haben, darüber sind wir uns ziemlich einig, auch dass wir da schwieriges Fahrwasser hatten und noch haben, keine Frage. Manche Dinge erschließen sich heute noch nicht dem Bürger und der Bürgerin unserer Stadt, wo Gehwegbreiten von über drei Metern sind und trotzdem nicht drauf geparkt werden darf. Das ist dann eine Sache, bei der ich auch meine Probleme habe. Aber rein in die Schuhe, raus aus

den Schuhen, das können wir hier definitiv nicht machen, deshalb wird meine Fraktion diesen Antrag in dieser Form heute hier ablehnen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich bin ab und an beruflich auch mit dem Auto unterwegs, meistens mit Leihwagen oder mit Firmenwagen, die kein Karlsruher Kennzeichen haben. Vor Kurzem ist mir Folgendes passiert: Wie wir es in Karlsruhe all die Jahre verkehrswidrig gemacht haben, habe ich natürlich mit zwei Rädern in einer fremden Stadt auf dem Gehweg geparkt, weil ich es nicht anders kannte. Es kam eine nette Polizistin und hat mich gefragt, kommen Sie aus Karlsruhe? Ich habe gesagt, ja und sie sagte, das sieht man. Seitdem weiß ich, Parken bundesweit auf den Gehwegen ist eine Ordnungswidrigkeit, und dies wird mit nicht mehr passieren. Ich habe gelernt.

Im Großen und Ganzen ist die Umsetzung des fairen Parkens gelungen. Es gibt tatsächlich, wie Kollege Hock sagte und wie auch die AfD in ihren Äußerungen gesagt hat, das eine oder andere, wo ich mich selbst frage, ob dies richtig ist oder nicht, aber die Verwaltung hat in ihrer Ausführung doch deutlich gemacht, dass es hier vielleicht die eine oder andere Lücke gibt. Ich sehe den Antrag, wie die Verwaltung, als erledigt an. Ich denke, heute stehen wir besser für alle Nutzer der Verkehrs- und Fußwege da als vor zwei Jahren.

Der Vorsitzende: Ich will noch mal darauf hinweisen, dass die Zahl der möglichen Fußgänger kein Kriterium ist für die Breite der Gehwege, sondern die ist aus anderen Gründen anders vorgeschrieben, da kann man nicht einfach sagen, da geht eh keiner, deswegen brauchen wir es nicht. Das nur als ein Beispiel, warum Ihre Argumentation einfach die Gesetzeslage ignoriert. Wenn es darüber hinaus vielleicht Straßen gibt - auch über Ihre drei Meter, Herr Hock, da bin ich jetzt erstaunt – dann nennen Sie die und wir erklären Ihnen, warum es auch dort meistens sogar in Übereinstimmung mit dem Bürgerverein zu dieser Lösung gekommen ist. Dann schauen wir uns lieber die einzelnen Beispiele an, denn absolut kann man daran nichts ändern. Alles was Sie angesprochen haben, auch an kritischen Rückmeldungen, findet seine Grenze durch die Straßenverkehrsordnung, die, an dieser Stelle sage ich auch Gott sei Dank, dem Fußgänger auch eine bestimmte Freiheit einräumt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Nur ganz kurz zur Erklärung, vielen Dank Herr Oberbürgermeister, wir stellen ja nicht die gesetzliche Grundlage in Frage, nur die Frage ist halt, warum sind die Abstände zu den Kreuzungen und zu den Einfahrten nicht einheitlich, warum ist es an der einen Ecke so und gegenüber schon wieder anders. Das sehen wir an ganz vielen Stellen in der Stadt und die Bürger fragen sich, wo kommt das her, das müsste doch einheitlich sein, wenn es da Richtlinien gibt. Wir sind der Meinung, diese Richtlinien sind nicht durchgängig befolgt, und es ist für den Bürger nicht nachvollziehbar. Alles was wir wollen, ist, dass das noch mal überprüft wird. Sind die Flächen richtig eingezeichnet, darum geht es in unserem Antrag und deswegen hätten wir ihn auch gerne abgestimmt.

Der Vorsitzende: Okay, dann stelle ich den jetzt zur Abstimmung und bitte Sie um Ihr Votum – das ist eine mehrheitliche Ablehnung. Wenn Sie Einzelpunkte haben, sind wir nach wie vor bereit zu erklären, warum es so ist.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
13. Januar 2020